



## Wenn der Westen Palästinenser wie Minderjährige behandelt, Teil I

Von Jan Kapusnak

In Teilen des westlichen Diskurses, besonders in der progressiven Linken, wo Aktivismus und Kommentar bisweilen in moralische Selbstdarstellung übergehen, hat sich eine Annahme zu einem Dogma verhärtet: Palästinenser hätten keine Handlungsfähigkeit. Sie werden als Opfer und Geiseln der Geschichte dargestellt; Politik ist etwas, das an ihnen vollzogen wird; Gewalt wird zu „Verzweiflung“. Verantwortung liegt immer außerhalb. Man spricht über Palästinenser, statt ihnen zuzuhören. Selten ausdrücklich oder böswillig, wird das als Empathie verkauft. In Wahrheit ist es Infantilisierung.

Sie verzerrt den israelisch palästinensischen Konflikt, indem sie die politische Stellung der Palästinenser schwächt, Radikalismus belohnt und unverhältnismäßigen internationalen Druck auf Israel lädt. Sie setzt voraus, dass Palästinenser nicht nach normalen Maßstäben beurteilt werden könnten, weil ihre Umstände „zu extrem“ seien. Von Palästinensern erwartet man nicht, zu handeln, sondern gerettet zu werden. Es ist eine Form von sanftem Rassismus.

Eine der ältesten und am stärksten institutionalisierten Formen von „Fürsorge ohne Erwachsensein“ ist UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees), 1949 gegründet. Sie wurde eingerichtet, um Hilfe, Schulbildung, Gesundheitsversorgung und grundlegende Dienstleistungen zu leisten, hat aber zugleich eine Politik dauerhafter Abhängigkeit verfestigt. Anders als das globale Flüchtlingssystem des UNHCR arbeitet UNRWA mit einem separaten, faktisch erblichen Regime, in dem der Status „palästinensischer Flüchtling“ auch auf Nachkommen übertragen wird. Damit wird eine Kategorie, die sonst meist vorübergehend ist, zu einer vererbten politischen Identität.

Diese Struktur lindert nicht nur Not, sie erhält maximalistische Erwartungen aufrecht, vor allem ein weit gefasstes „Rückkehrrecht“, verstanden als Rückkehr von Millionen Nachkommen nach Israel innerhalb seiner Grenzen vor 1967, ein Ergebnis, das eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung unmöglich machen würde. Sie verlagert zudem die Last des Aufbaus normalen zivilen Lebens auf internationale Betreuer: Schulen, Gehälter, Sozialleistungen und die „Flüchtlingseigenschaft“ selbst, statt einen Horizont von Selbstständigkeit, verantwortlicher Regierungsführung und politischem Kompromiss zu fördern.

Der schwerwiegendste Widerspruch ist, dass ausgerechnet Gaza, das von weiten Teilen der Welt als hilfloser humanitärer Mündelraum dargestellt wird, sich als

ausgesprochen fähig erwiesen hat. Über Jahrzehnte waren die Hilfsströme in den Gazastreifen immens, in einem Ausmaß, das bisweilen mit historischen Wiederaufbauprogrammen Europas nach dem Krieg wie dem Marshallplan verglichen wird. Doch statt „ein weiteres Singapur“ aufzubauen, auch nur in bescheidenem Sinne, wurden Ressourcen und Talent in den Aufbau eines der ausgefeiltesten Tunnel- und Kommandosysteme umgeleitet, das jemals von einem nichtstaatlichen Akteur in der Geschichte moderner Kriegsführung geschaffen wurde. Diese Leistungsfähigkeit zeigte sich auch in der Planung des 7. Oktober, dem größten Massenmord an Juden seit dem Holocaust, einer beispiellos brutalen Operation, die Jahre der Planung und Koordination erforderte, einschließlich direkter UNRWA-Beteiligung. Was fehlt, ist Rechenschaft und die Weigerung, palästinensische Führungsentscheidungen als Entscheidungen zu behandeln.

Falsches Narrativ: „ Hamas repräsentiert nicht das palästinensische Volk“

Nach schweren Anschlägen der Hamas und anderer palästinensischer Terrorgruppen greifen westliche Politiker zu einer vertrauten Beschwichtigung: „ Hamas repräsentiert nicht das palästinensische Volk.“ Josep Borrell, damals Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, verwendete genau diese Formulierung, nachdem er die Orte der Massaker vom 7. Oktober im Süden Israels besucht hatte und damit den humanen Punkt machte, dass Zivilisten nicht mit Terroristen gleichgesetzt werden sollten. Doch mechanisch wiederholt wird diese Formel zu einem Lösungsmittel für Verantwortung. Hamas wird als fremde Kraft behandelt, die Gaza lediglich „gekapert“ habe, während die Bewohner Gazas zu Zuschauern ihrer eigenen Politik umgedeutet werden. Dieses Framing lässt sich schwer mit dem dokumentierten Ausmaß ziviler Beteiligung am 7. Oktober vereinbaren. Und wenn es überhaupt anerkannt wird, wird es oft durch einen zweiten Schritt neutralisiert: Palästinensische Gewalt wird als automatischer Reflex der „Besatzung“ neu beschrieben, statt als gewählte Handlung.

Hamas selbst weist die Sprache des Impulses zurück. In ihrem Text vom Dezember 2025, *Our Narrative: Al-Aqsa Flood—Two Years of Steadfastness and Aspiration for Liberation*, beschreibt sie den 7. Oktober als Strategie: „Dies war kein abenteuerlicher oder emotionaler Akt, sondern ein kalkulierter Schritt, der breite Unterstützung genoss.“

Palästinenser werden routinemäßig als von ihrer dominierenden Fraktion losgelöst beschrieben, obwohl Hamas auf ihrer tiefen gesellschaftlichen Verwurzelung besteht. In ihrem Text von 2025 nennt Hamas sich „einen untrennbaren Teil des

palästinensischen Volkes“, mit „tiefen Wurzeln“ in der Gesellschaft und als „natürlichen Bestandteil“ des nationalen Mosaiks, und behauptet, der „bewaffnete Widerstand“ sei zentral dafür, den Geist des Volkes zu erhalten. Sie zeichnet auch ihre Abstammung aus dem Milieu der Muslimbruderschaft in Gaza nach, einem Ableger der ägyptischen Muslimbruderschaft (gegründet 1928), dessen lokale Netzwerke in Gaza lange vor der Gründung der Hamas 1987 existierten. Der westliche Diskurs klammert diese Selbstbeschreibung oft als bloße Propaganda aus und missversteht damit zentrale Realitäten Gazas. In der „Free Gaza“-Aktivistenszene wird dieselbe gesellschaftliche Verankerung hingegen bestätigt und gefeiert. Das Ergebnis ist pervers: Ein Regime, das regiert, rekrutiert und einschüchtert, wird rhetorisch so behandelt, als schulde es der Zivilbevölkerung keinerlei Pflichten, und wird vor Verantwortung dafür geschützt, wie es regiert.

Die Mehrheit der Palästinenser billigt das Massaker vom 7. Oktober weiterhin

Unabhängige Umfragen erschweren die tröstliche westliche Erzählung der Entfremdung. In einer Umfrage vom Oktober 2025 des Palestinian Center for Policy and Survey Research (PCPSR), einem in Ramallah ansässigen Institut, das regelmäßig in Gaza und im Westjordanland Meinungsumfragen durchführt, sagten 53 Prozent der Befragten, die Entscheidung der Hamas, den Angriff vom 7. Oktober zu starten, sei „richtig“ gewesen. In der eigenen Umfrageserie des PCPSR ist dieser Anteil von früheren Höchstwerten von 71 Prozent (März 2024) und 67 Prozent (Juni 2024) gefallen. Doch gerade dieser Rückgang ist aufschlussreich: Selbst nach zwei Jahren Krieg liegt die Zustimmung weiterhin über 50 Prozent, statt einzubrechen. Dieselbe Veröffentlichung berichtete von überwältigender Ablehnung, rund 70 Prozent, einer Entwaffnung der Hamas, eine Realität, die viele „Day-after“-Szenarien als technische Randnotiz behandeln, statt als harte, bindende Einschränkung.

Wenn Umfragen palästinensische Unterstützung für Terror gegen israelische Zivilisten messen, wird dies im Westen selten als politischer Glaube konfrontiert. Die Antworten dürfen selten für sich stehen. Palästinenser werden als unfähig dargestellt, aufrichtig verstörende Überzeugungen zu vertreten, daher wird ihre Position „übersetzt“ in etwas Akzeptableres: Sie wird Angst, Frustration, Trauma, Manipulation, Missverständnis oder einer „durch Verzweiflung erzeugten Radikalisierung“ zugeschrieben oder gleich ganz ignoriert.

Gaza ist keine „Naturkatastrophenzone“, sondern ein politisches Gemeinwesen, geprägt von fast zwei Jahrzehnten rücksichtsloser Hamas-Herrschaft. Nachdem die



## Wenn der Westen Palästinenser wie Minderjährige behandelt, Teil I

Hamas die Wahlen 2006 gewonnen und ihre Macht 2007 durch einen gewaltsamen Putsch konsolidiert hatte, baute sie einen Regierungsapparat auf: Sicherheitsdienste, Patronagesysteme und eine dichte soziale Infrastruktur, verwoben mit Wohltätigkeitsorganisationen, Moscheen, religiösen Schulen und Medien, die darauf ausgelegt ist, Vorteile zu verteilen, Loyalität zu erzwingen und dauerhafte Mobilisierung aufrechtzuerhalten. Parallel dazu verwandelte sie das Gebiet in ein integriertes Kriegssystem: ein System aus Tunneln, Raketen, Kommandoknoten und Abschussplätzen, eingebettet in zivilen Raum, weniger auf zivile Verwaltung als auf anhaltenden Konflikt mit Israel ausgerichtet.

Zwei Jahre Krieg mit Israel haben die Hamas militärisch und politisch geschwächt, aber sie nicht als entscheidende Macht vor Ort entwurzelt. Seit dem Waffenstillstand im Oktober 2025 baut sie sowohl Fähigkeiten als auch Autorität wieder auf, prägt weiterhin, wie ziviler Raum genutzt wird und wie ziviles Leid vermittelt und instrumentalisiert wird. Die Verwüstung Gazas ist vor allem eine Folge der Regierungsentscheidungen der Hamas. Das ist kein „tragisches Schicksal“, sondern ein bewusstes Machmodell, das ziviles Leben als entbehrliches politisches Kapital behandelt. Der ranghohe Hamas-Funktionär Khaled Mashal hat diese moralische Kalkulation ausdrücklich benannt. In einer 2024 auf Al Jazeera ausgestrahlten Rede sagte er: „Kein Volk wird ohne Opfer befreit. Gaza zahlt den Preis der Würde.“

---

Jan Kapusnak ist politischer Analyst und Autor. Er lebt in Tel Aviv. Teil 2 von „Wenn der Westen Palästinenser wie Minderjährige behandelt“ erscheint nächste Woche.